

Betriebliche Weiterbildung – Öffentlicher Handlungsbedarf aus Sicht der Unternehmen

BARBARA SCHÜRGER

Wiss. Mitarbeiterin im Arbeitsbereich
»Ökonomie der Berufsbildung« im BIBB

GU DRUN SCHÖNFELD

Mitarbeiterin im Arbeitsbereich »Ökonomie der
Berufsbildung« im BIBB

NORMANN MÜLLER

Dr., wiss. Mitarbeiter im Arbeitsbereich
»Ökonomie der Berufsbildung« im BIBB

Die fortschreitende Digitalisierung verändert Arbeitsprozesse, bewirkt Verschiebungen bei Qualifikationsbedarfen und ermöglicht neue Formen des Lernens. Von diesem Wandel ist nicht nur die berufliche Ausbildung, sondern auch die betriebliche Weiterbildung betroffen. Der Beitrag geht der Frage nach, ob und wie die Politik angesichts dieser Dynamik Unternehmen in ihrem Bildungsengagement unterstützen kann.

Geringer Informationsstand über öffentliche Unterstützungsangebote

Die Ergebnisse der nationalen Zusatzerhebung zur fünften europäischen CVTS-Erhebung (vgl. Infokasten) zeigen, dass 71 Prozent der weiterbildenden Unternehmen sich »eher schlecht«

oder »sehr schlecht« über das öffentliche Unterstützungsangebot informiert fühlen. Lediglich sechs Prozent haben 2015 eine finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand (z. B. Bildungsscheck NRW) für Weiterbildungsaktivitäten in Anspruch genommen. Stellt man sich die Frage nach einem Zusammenhang zwischen der geringen Ausschöpfungsquote und dem niedrigen Informationsstand über solche Unterstützungsmöglichkeiten, so wird deutlich, dass eher gut oder sehr gut informierte Unternehmen entsprechende Fördermaßnahmen häufiger nutzen als eher schlecht oder sehr schlecht informierte Unternehmen (16 % zu 2 %).

Öffentliche Unterstützung – Welchen Bedarf sehen die Unternehmen?

Vielen Unternehmen geht die staatliche Unterstützung bei der betrieblichen Weiterbildung nicht weit genug: 45 Prozent sehen weiteren Unterstützungsbedarf. Insbesondere bei mittelgroßen Unternehmen mit 50 bis 499 Beschäftigten ist dies der Fall (58 %), weniger bei kleinen Unternehmen mit zehn bis 19 Beschäftigten (34 %) oder großen Unternehmen mit 500 und mehr

Beschäftigten (37%). Unternehmen aus dem Dienstleistungsbereich sehen den Staat seltener in der Pflicht (23 %) als Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe/Baugewerbe (52%) oder dem Bereich Handel/Verkehr/Gastgewerbe (54%). Acht von zehn Unternehmen mit einem Unterstützungsbedarf haben diesen auf Nachfrage präzisiert. Die vielfältigen und teils recht konkreten Angaben lassen darauf schließen, dass sich die Verantwortlichen bereits unabhängig von der Befragung mit dieser Thematik auseinandergesetzt hatten.

Größter Bedarf bei der Förderung spezifischer Angebote

Die meisten Nennungen entfallen auf die Kategorie »Förderung von Weiterbildungsangeboten«, die entweder spezifische Zielgruppen (wie Ältere, Flüchtlinge, Quereinsteiger oder zukünftige Meister/-innen) oder auch Inhalte (wie Digitalisierung) betreffen (vgl. Abb.). Ein Teil der Befragten regt Förderungen für bestimmte Unternehmensgruppen (wie KMU, aber auch Großbetriebe) oder Branchen an. Auch wenn die antwortenden Personen hier eventuell eine finanzielle Unterstützung im Blick haben, wird dieser Gesichtspunkt in den Aussagen nicht explizit genannt. Daher kann davon ausgegangen werden, dass es vorrangig um die Hervorhebung spezifischer Zielgruppen bzw. Inhalte geht.

Ein zweiter großer Themenblock dreht sich um Beratung, Information und Transparenz. Dies erscheint angesichts des Informationsstands über das öffentliche Unterstützungsangebot naheliegend. Ein Bedarf besteht dabei sowohl an Informationen über die Existenz von Förderprogrammen an sich als auch über die Förderbedingungen und ihre Umsetzung sowie allgemein

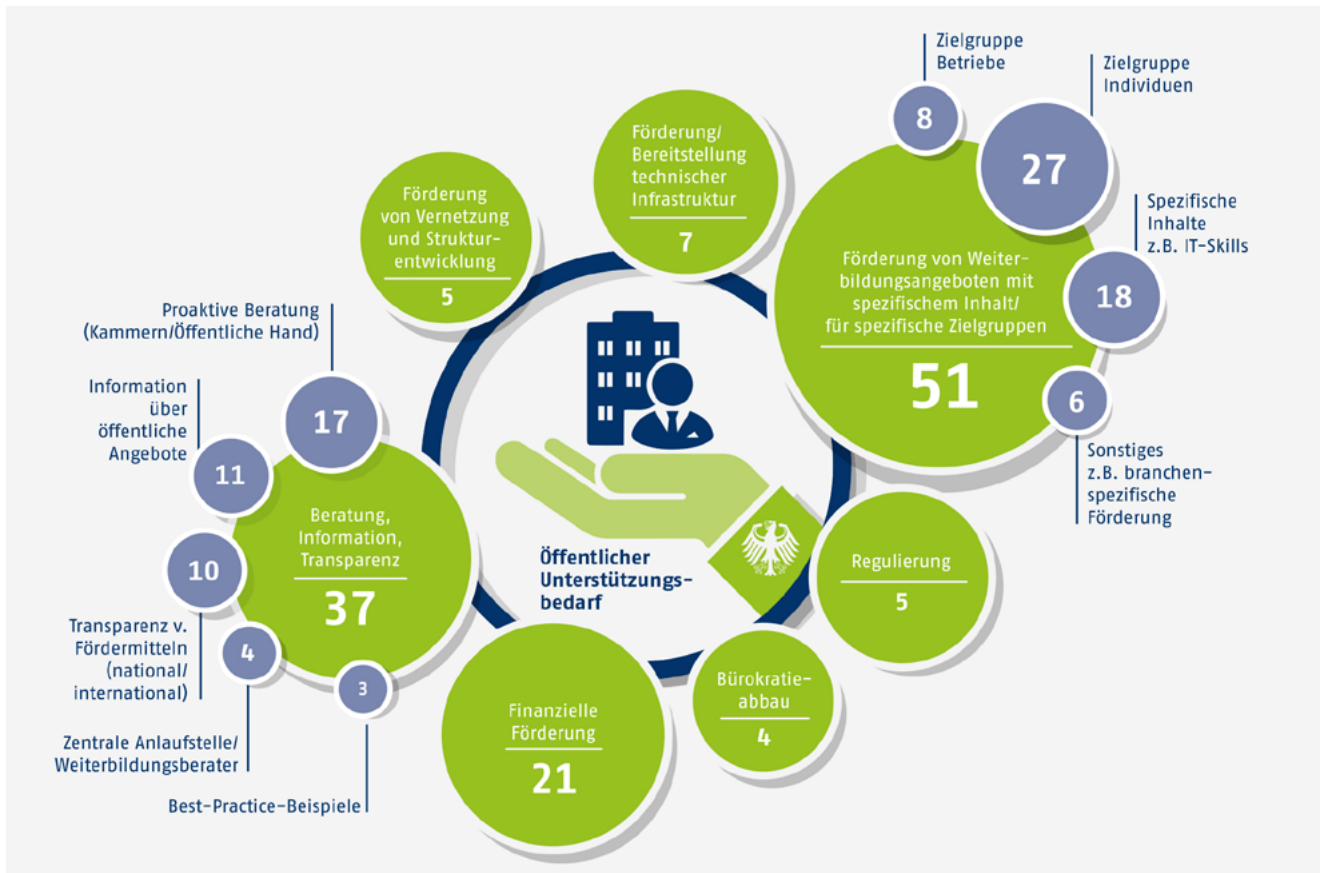
Datenbasis: CVTS5 und nationale CVTS5-Zusatzerhebung

Die fünfte europäische Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung CVTS (Continuing Vocational Training Survey) erfasste für das Jahr 2015 für die EU-Mitgliedstaaten vergleichbare Daten zu betrieblichen Weiterbildungsaktivitäten. In Deutschland befragte das Statistische Bundesamt 2.846 Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten, wobei einige Wirtschaftsbereiche wie die öffentliche Verwaltung, die Landwirtschaft und das Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen nicht einbezogen waren (vgl. Statistisches Bundesamt 2017).

Diese Erhebung wird vom BIBB durch eine zweistufige nationale Zusatzerhebung (vgl. www.bibb.de/de/81567.php) ergänzt, die durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Im Frühjahr 2018 wurden 270 weiterbildende Unternehmen, die bereits an der Haupterhebung teilgenommen haben, telefonisch u. a. zum öffentlichen Unterstützungsbedarf für betriebliche Weiterbildung befragt. Die Ergebnisse sind nach Betriebsgröße und Branche gewichtet.

In einem Teil dieser Unternehmen werden bis Mitte 2019 vertiefende Fallstudien durchgeführt.

Abbildung
 Öffentlicher Unterstützungsbedarf aus Unternehmenssicht



Quelle: BiBB-CVT55-Zusatzerhebung. Angaben von n = 108 weiterbildenden Unternehmen mit öffentlichem Unterstützungsbedarf. Mehrfachnennungen und -kategorisierung möglich. Anzahl der Nennungen (absolute Zahlen).

über Weiterbildungsangebote. Einige Unternehmen wünschen sich eine proaktive Vorgehensweise, nicht nur von der öffentlichen Hand, sondern auch von den Kammern, z. B. durch Informationsveranstaltungen, Newsletter oder eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen zur Weiterbildung.

Der dritte Schwerpunkt der Nennungen bezieht sich auf die finanzielle Förderung. Im Gegensatz zu der Kategorie, welche die Wünsche nach einer Förderung von Zielgruppen und Inhalten zusammenfasst, wurden hier nur Aussagen zugeordnet, in denen eindeutig der Aspekt der finanziellen Unterstützung im Mittelpunkt stand.

Von einigen Unternehmen werden Aspekte wie die Verringerung des Bürokratieaufwands bei der Beantragung von Fördermitteln, eine stärkere Regulierung (z. B. TÜV für Weiterbildungs-

träger) oder Hilfe bei der Bereitstellung der benötigten technischen Infrastruktur (z. B. Lernplattformen, spezifische Software) angesprochen. Bemerkenswert ist der Vernetzungsgedanke, auf den einige Unternehmen verweisen. Dabei geht es nicht ausschließlich um Hilfe bei der Vernetzung mit öffentlichen Stellen, sondern auch um den Austausch mit anderen Unternehmen. Ein Befragter betonte, dass die Unternehmen so gegenseitig von ihren Erfahrungen profitieren und eine gewisse Isolierung überwinden könnten. Eine Möglichkeit zur technischen Umsetzung wäre die Bereitstellung von Lernplattformen.

Was bleibt zu tun?

Die Studie zeigt deutlich, dass Unternehmen durchaus öffentlichen Hand-

lungsbedarf mit Blick auf die betriebliche Weiterbildung sehen und einfordern, gerade auch im Zusammenhang mit aktuellen politischen Themen wie demografischem Wandel, Digitalisierung und Migration.

Die Schaffung zusätzlicher oder die Ausweitung bestehender Angebote allein reichen hier jedoch nicht aus. Die Politik, aber auch die Kammern, sind ebenso gefordert, die Angebote transparenter zu gestalten, genau auf die Bedürfnisse der Unternehmen zuzuschneiden und besser über sie zu informieren. ◀

Literatur

STATISTISCHES BUNDESAMT: Berufliche Weiterbildung in Unternehmen. Fünfte Europäische Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVT55). Wiesbaden 2017